



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

Afghanistan: Menschenrechtsverteidiger*innen in Lebensgefahr

Seit ihrer Machtergreifung im August 2021 haben die Taliban die Menschenrechte in Afghanistan massiv eingeschränkt, vor allem für Frauen und Mädchen. Sayed Abdul Qader Rahimi, ehemals Stellvertretender Direktor der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans, im Gespräch mit der Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte Beate Rudolf über mutige Frauen, internationale Unterstützung und die Frage, weshalb die Demokratisierung in Afghanistan fehlgeschlagen ist.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/afghanistan-menschenrechtsverteidigerinnen-in-lebensgefahr>

Frauenrechte in Afghanistan: Frauen statt Taliban

Die internationale Gemeinschaft verhandelt mit den Taliban. Das ist falsch: Sie sollte sich an die Afghaninnen wenden – im Exil und vor Ort. Lesenswerter Kommentar von Edit Schlaffer in der taz.

<https://taz.de/Frauenrechte-in-Afghanistan/!5871619/>

Leihmutterschaft in der Ukraine: Unsichtbare Frauen zwischen Pandemie und Krieg

Katastrophen wie die Corona-Pandemie oder aktuell der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigen die vielen Schattenseiten des Geschäfts der Leihmutterschaft auf, welches auch ohne Pandemie und Krieg auf Kinderhandel und der kapitalistischen Ausbeutung weiblicher Reproduktionsorgane basiert. Zugriff haben diejenigen, die genügend Geld besitzen. Zugleich lassen sich für die Agenturen im Anbieterland mit dem Geschäft der Leihmutterschaft hohe Summen erwirtschaften. Die Situation für Leihmütter und deren Babys hat sich in der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs Ende Februar 2022 noch weiter zugespitzt.

<https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/sexuelle-und-reproduktive-rechte/aktuelles/5163-leihmutterschaft-in-der-ukraine-unsichtbare-frauen-zwischen-pandemie-und-krieg-2>

Handreichung: Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen über die Bezirksbeiräte in Berlin

Das im Oktober 2021 in Kraft getretene, neugefasste Landesgleichbehandlungsgesetz (LGBG) greift die Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention auf und enthält Vorgaben für die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen auf der Berliner Landes- und Bezirksebene. Welche wichtige Rolle die Bezirksbeiräte dabei spielen, erläutert die Handreichung des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Das Institut begleitet und überwacht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/politische-partizipation-von-menschen-mit-behinderungen-ueber-die-bezirksbeiraete-in-berlin>

Herausgeber: Deutscher Frauenring e.V. Bundesgeschäftsstelle Sigmaringer Str. 1 10713 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Elisabeth Botsch mail@d-fr.de